



Bornheim, den 19.11.2025

Stellungnahme der Parents for Future Bornheim / Swisttal / Weilerswist im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan Sechtem Se 21

Die nachfolgende Stellungnahme beleuchtet das Vorhaben Se 21 insbesondere unter den Aspekten Wohnraumbedarf und Alternativenprüfung, Bauformen und soziale Zielsetzung, Klimaschutz, Klimaneutralität und CO₂-Bilanzierung sowie Verkehrsauswirkungen und Mobilitätsentwicklung. Insgesamt kommt es bei der Beurteilung des Vorhabens ebenfalls auf weitere relevante Aspekte an, welche u.a. die Stellungnahme von BUND und NABU herausarbeiten. Untenstehend werden zentrale Anliegen formuliert mit der Bitte diese weitergehend zu behandeln.

1. Wohnraumbedarf und Alternativenprüfung

Die im Dokument „Allgemeine Ziele und Zwecke der Planung“ (<https://www.o-sp.de/download/bornheim/108670>, Stand überarbeitete Fassung) genannte Begründung für das Neubaugebiet Sechtem 21 stützt sich vor allem auf einen angegebenen Mangel an Bruttowohnbauland. Der zugrunde gelegte Bedarf wird jedoch nur bis zum Jahr 2020 berechnet. Demnach gibt es in Bornheim nicht ausreichend Baulücken um den Bedarf an Wohnfläche ohne Neubaugebiete zu decken. Dass sich die Argumentation auf den **Neubau von Wohnflächen** beschränkt, ohne Alternativen zu betrachten, die heutigen städtebaulichen, demografischen und klimapolitischen Anforderungen besser entsprechen würden, lässt wichtiges Planungspotential außer Acht.

Um dem gestiegenen Bedarf an kleineren Wohneinheiten für junge und alte Alleinlebende gerecht zu werden, müsste die Alternative der Aufstockung und Verkleinerung von Wohnungen in den Blick genommen werden. Hierzu wären auch Änderungen von Bebauungsplänen im gesamten Stadtgebiet in Erwägung zu ziehen, die ggf. solchen Veränderungen derzeit entgegenstehen. Es ist nicht ersichtlich, ob bei der Entscheidung für das Neubaugebiet, das die Entscheidung zur Erreichung von Klimaneutralität stark belastet, zunächst alle Optionen für Wohnraumsuffizienz ausgelotet wurden. Dies sollte erst deutlich dargelegt werden, bevor eine Entscheidung zum Neubau getroffen wird, die die Klimabilanz belastet.



2. Bauformen und soziale Zielsetzung

Die im Bebauungsplan überwiegend vorgesehenen Ein- und Doppelhäuser widersprechen grundlegenden Prinzipien der Verdichtung, die heute als Schlüssel für klimaschonenden Wohnungsbau gelten. Gleichzeitig besteht die Wohnraumknappheit in Bornheim insbesondere für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Neubaugebiete, die größtenteils auf Einfamilienhäuser setzen, schaffen hierfür jedoch kaum bezahlbaren Wohnraum. Darüber hinaus sind es gerade Einfamilienhäuser, die aufgrund von familiären Veränderungen und bei einer Inflexibilität der Baustruktur nicht in der Lage sind, auf Veränderungen im Wohnraumbedarf einzugehen. Wenn daher weiterhin auf solche Lösungen gesetzt wird, wird in Bornheim die Chance vertan, flexible Lösungen für den Wohnbedarf der Zukunft zu finden.

3. Klimaschutz, Klimaneutralität und CO₂-Bilanzierung

Bezogen auf das Thema „Klima“ wird im o.g. Dokument nur auf den Verlust von Freilandklima im Ortsgebiet eingegangen. In der Datei „*Begründung und Umweltbericht – Offenlage*“ von 2020 (<https://www.o-sp.de/download/bornheim/228272>) geht es vor allem um die kleinklimatischen Veränderungen. Dies entspricht in keiner Weise den heutigen Anforderungen an **Klimaschutz**, **CO₂-Einsparungen** und **Klimaneutralität**, wie sie spätestens durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 (Artikel 20a GG, Schutz zukünftiger Generationen) verbindlich geworden sind.

Neubau führt in besonderem Maße zu neuen CO₂-Emissionen, die speziell im Industriesektor anfallen, weil die Herstellung der Baustoffe sehr CO₂-intensiv ist. Eine Prüfung der CO₂-Emissionen durch den Neubau und die Frage nach alternativen Konzepten wäre hier erforderlich. Auch die zusätzliche Versiegelung der Flächen durch den Neubau ist in ihrer Notwendigkeit aufgrund der Beschlüsse bezogen auf Klimaneutralität und Klimafolgenanpassung neu zu prüfen.

4. Auswirkungen des Verkehrs und unzureichende Mobilitätsanalyse

Das Dokument „*Begründung und Umweltbericht - Offenlage*“ verweist auf eine Zunahme des Kfz-Verkehrs, bewertet die Folgen jedoch lediglich hinsichtlich lokaler lufthygienischer Belastungen. Allerdings gehören zum Ziel der Klimaneutralität in Bornheim zwingend auch Maßnahmen zur Vermeidung von Verkehr, um hier CO₂-Emissionen einzusparen. Hierzu gehören auch Planungen zur Verbesserung des ÖPNV und des Fußgänger- und Radverkehrs. Diese



fehlen hier, die Planung von 2011 wird den neuen Ansprüchen, die aus dem Klimaschutzkonzept hervorgehen, nicht gerecht.

Abschlussgedanken

Wir bitten die Stadt Bornheim, das gesamte Konzept für Se 21 zunächst nochmal auf Legitimität, Notwendigkeit und Alternativen zu prüfen und damit den aktuellen Anforderungen aus den Beschlüssen der letzten Jahre gerecht zu werden. Dies beinhaltet

- die Prüfung und Überarbeitung der kommunalen Bauleitplanung bezogen auf Klimaneutralität und Klimafolgenanpassung gemäß der Maßnahmen ER 01 bis 11 im Maßnahmenkatalog Klimaneutrales Bornheim von 2024
- die Einbeziehung des Baugebietes in die bestehenden kommunalen und regionalen Konzepte und Planungen durch Ergänzungen zu diesen: Kommunale Wärmeplanung, Mobilitätskonzept, Klimaschutzkonzept und Maßnahmen, Klimafolgenanpassungskonzept
- eine Ausweisung des tatsächlichen aktuellen Wohnbedarfs auch unter Einbeziehung demografischer Fragen und der Frage, in welchem Ausmaß dabei der besondere Bedarf an kostengünstigem Wohnraum durch das Baugebiet gedeckt werden soll
- die Berechnung von zusätzlichen kurz- und langfristig durch das Neubaugebiet verursachten CO₂-Emissionen und die Abwägung bezogen auf die angestrebte Klimaneutralität und Klimafolgenanpassung.

Mit freundlichen Grüßen

Astrid Costard